

REISZEITUNG

Böblinger Bote



Amtsblatt für den Kreis Böblingen
Heimatzeitung für Böblingen, Sindelfingen, Herrenberg, Schönbuch und Gäu

Nummer 74 · 13. Woche · 197. Jahrgang

Mittwoch, 30. März 2022

Einzelpreis: 2,10 Euro · Postfach 1560 E 1829

2 | Nummer 74 · Mittwoch, 30. März 2022

Bauland für bis zu vier Millionen Wohnungen

Die Ampelkoalition will 400 000 neue Wohnungen pro Jahr schaffen. Laut einer Studie gibt es genügend Fläche.

VON NORBERT WALLET

BERLIN. Die Ampelkoalition ist mit dem Ziel gestartet, jährlich 400 000 neue Wohnungen zu bauen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) ist nun der Frage nachgegangen, ob es dafür Fläche gibt. Seine Studie wurde am Dienstag von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) und dem Leiter des Instituts, Professor Markus Eltges, vorgestellt. Das Ergebnis ist eindeutig: Es gibt genügend Flächen für die Neubaupläne.

Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass es 99 000 Hektar geeignete Flächen gebe. 55 Prozent davon seien kurzfristig verfügbar. Damit ließen sich zwischen 900 000 und vier Millionen Wohnungen bauen. Zwei Millionen neuer Wohnungen nennt Geywitz „gut erzielbar“. Das entspricht dem gesamten Wohnungsbestand Berlins. Ein Viertel davon soll öffentlich gefördert werden.

Dabei gelte, dass die Nutzung innerstädtischer Grundstücke Vorrang vor dem Verbrauch neuer Fläche habe. Als Beispiel nannte die Ministerin die Umnutzung landwirtschaftlicher Bauten oder von Büros. Eltges, der Studienleiter, hob hervor, dass dort Bauland vorhanden sei, „wo es auch gebraucht wird – vor allem in den kreisfreien Großstädten“. Alleine in ihnen könnten zwischen 370 000 und 740 000 Wohnungen entstehen.

Zur Präsentation war der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Eckart Würzner, anwesend. Er zog den Schluss, dass es mehr Bauland gebe, „als man erwarten konnte“, wies aber auf andere Probleme hin. „Auf ganz vielen Baustellen gibt es aktuell gar kein Material mehr.“ Auch durch den Krieg in der Ukraine seien derzeit viele Lieferketten unterbrochen. Wegen der Flüchtlingsströme bräuchten die Kommunen „schneller umsetzbare Wohnraum-Konzepte“.